

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung  
••••• der Freien Stadt Danzig •••••  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Anzeigenpreis 6.— Mk. von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 237

Dienstag, den 11. Oktober 1921

12. Jahrgang

## Die Auslieferung des Volkstages an den Polizeibüttel.

Was man seit dem schändlichen Willkürakt vom 4. August und auch während der Verhandlungen des Schwurgerichts nicht für möglich gehalten hat, ist nun doch Tatsache geworden: Das Schwurgericht hat sich für die Anwendung des § 105 des Strafgesetzbuches auf Abgeordnete ausgesprochen und hat die beiden Angeklagten zu der gesetzlichen Mindeststrafe verurteilt. Damit hat das Gericht den größten Vergeßlichkeitsakt, der je gegen ein Parlament unternommen ist, „rechtlich sanktioniert“.

Uns interessiert in diesem Zusammenhange, wie wir von vornherein betont haben, nicht die Person der Angeklagten. Ihr Tun findet weder bei uns noch in weiten Kreisen der linksstehenden Arbeiterschaft Billigung. Bei aller Verurteilung der wüsten Radaupolitik darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß zu ihrer Bekämpfung Mittel herangezogen worden sind, die im offenen Widerspruch zu Gesetz und Recht stehen und die letzten Endes auf die Auslieferung des Parlaments an den Polizeibüttel, hinauslaufen. Der § 105 des Strafgesetzbuches, nach dem offensichtlich Willen des Gesetzgebers zum Schutze des Parlaments gegen äußere Beeinflussungen geschaffen, ist durch den Spruch des Gerichts in sein Gegenteil verkehrt und bringt den Abgeordneten zukünftig bei Anwendung der Obstruktionsmittel in Gefahr, mit dem Staatsanwalt Bekanntschaft zu machen. In der Praxis kann der gestern vom Schwurgericht geschaffene Präzedenzfall dahin führen, daß entweder ein Schuttmann im Parlamentsaal stationiert wird, der eingreift, wenn er die Obstruktion eines Teiles der Abgeordneten als Tatbestand im Sinne des § 105 ansieht oder aber der Staatsanwalt wird zukünftig Wächter über Anstand und Benehmen der Volkstagsvertreter und bringt auf ihre Auslieferung, wenn sie die von ihm als zulässig erachtete Grenze der Obstruktion überschreiten. Bei der reaktionären Entwicklung, die unser Freistaat durchmacht, wird man sogar damit rechnen müssen, daß der Staatsanwalt zukünftig jede Obstruktion als Mütigung zur Unterlassung oder Fassung von Beschlüssen beurteilt und kurzer Hand unter Strafe stellt. Man braucht diese Konsequenzen der gestrigen Entscheidung des Schwurgerichts nur kurz skizzieren, um die Unhaltbarkeit einer Anwendung des § 105 auf Abgeordnete darzutun.

Was den Fall Rahn-Schmidt anbetrifft, so ist er noch besonders günstig geartet, als in ihm weder der Tatbestand einer verabredeten noch beabsichtigten Sprengung gegeben war. Es waren, wie von jedem objektiven Beurteiler der Beweisaufnahmen eingestanden werden muß, wüste Radauszenen, die strafrechtlich vielleicht als gröbliche Beleidigungen geahndet werden könnten, nicht aber auf Grund des Paragraphen 105.

Die Entscheidung des Gerichts wird bei der rechtlichen Bedeutung dieser Angelegenheit weit über Danzigs Mauern Aufsehen erregen. Daß sich aber die Rechtsprechung in anderen Ländern den offensichtlichsten Fehlspruch des Danziger Gerichts zu eigen machen wird, ist ernstlich nicht anzunehmen. Danzig wird den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen können, als einziger Staat die Parlamentsfreiheit unter Polizeiaufsicht gestellt zu haben.

### Die Anklagerede.

(Fortsetzung aus der gestrigen Ausgabe.)

Staatsanwalt Dr. Kanow fortsetzend: Es sind verschiedene Bedenken gegen die Anwendbarkeit des § 105 geltend gemacht worden. Es heißt, der § 105 könne auf Abgeordnete überhaupt keine Anwendung finden. Wenn das der Fall wäre, dann müßte das im Gesetz drinstecken. Dann heißt es weiter, es wären keine Beschlüsse zu fassen gewesen, die man hätte erzwingen können. M. H., wenn das richtig wäre, dann würde man eine Versammlung an sich sprengen können, ohne gegen den § 105 überhaupt sich zu vergehen, wenn man die Versammlung so rechtzeitig sprengt, daß Beschlüsse überhaupt noch nicht in Rede stehen. Ein Beschluß sollte hier gefaßt werden über den Antrag Rahn. Dieser Beschluß sollte verhindert werden. Das Haus sollte dahin gebracht werden, daß es bei diesen unerhörten Szenen, die sich abspielten, schließlich sagte: „Na, dann wollen wir die Polizei heranziehen und wollen sehen wie es dann wird.“ Dieser Beschluß sollte erzwingen werden. Die Geschäftsordnungsdebatte, hatte erst begonnen. Nun kann eine Geschäftsordnungsdebatte auch so liegen, daß keine Beschlüsse gefaßt werden, aber gewöhnlich endet eine Geschäftsordnungsdebatte mit einem Beschluß. Der § 105 findet Anwendung, wenn überhaupt nur irgendwelche Beschlüsse verhindert werden sollen. Und dann wird darauf hingewiesen, man habe sich in einer Mütze befunden. Die Verfassung sei gebrochen worden, weil man Schuttpolizei in das Haus legte. Es ist zweifelhaft, daß die Schuttpolizei überhaupt tatsächlich der Anlaß gewesen ist, zu diesen Radauszenen. Meines

### Das Urteil.

Die Abg. Rahn und Schmidt werden zu je einem Jahre Festungshaft verurteilt. Zwei Monate Untersuchungshaft werden auf die Strafe angerechnet. Die Angeklagten tragen die Kosten des Verfahrens.

Erachtens nach war die Einkleidung der Schuttpolizei ebenso gut ein Vorwand, wie die Erklärung, der Abg. Rahn habe aufreizend gewirkt. Es ist Ansichtssache, ob es zweckmäßig war oder unzweckmäßig war, ob es die Abgeordneten kränken konnte, wie es anscheinend den Abgeordneten Rahn gekränkt hat, der das als gegen die Würde des Hauses verstößend ansah oder ob das Gefühl für die Würde des Hauses in diesem Falle gerade dazu führen mußte. Aber die Ansicht, die Schuttpolizei habe dadurch, daß sie eben bloß anwesend war, irgendwo, überhaupt bedroht, das ist mir vollkommen unverständlich. Die bekannteste Sprengung von Parlamenten, das war die Sprengung des englischen Parlaments zu Briten Cromwells und die Sprengung des französischen Parlaments nach der französischen Revolution durch Napoleon. In beiden Fällen wurde das Parlament gesprengt nicht durch Verwundete, die sich im Hause befanden, sondern die sind erst herbeigeholt worden. Nun sagt schließlich der Abgeordnete Rahn: „Ich habe nichts weiter getan, als eine Meinung äußern und für diese Meinung kann ich nicht zur Verantwortung gezogen werden, denn ich bin als Abgeordneter immun.“ Das Reichsgericht hat sich nicht oft mit Parlamentsgeschäften wie diese hier befassen müssen, aber in ähnlichen Fällen hat es zum Ausdruck gebracht, daß die Immunität natürlich nicht jede Heußerung eines Abgeordneten deckt, sondern nur seine Meinungsäußerung. In eingehenden Entscheidungen sagt das Reichsgericht einmal, daß doch durch diese Immunität der Abgeordneten gegen Personen, die nicht dem Parlament angehören, schwere Unbilligkeiten entstehen könnten. Das sind Härten, aber die lassen sich nicht vermeiden. Mit der Frage, die Ihnen zur Entscheidung vorgelegt wird, haben sich schon drei Instanzen befassen müssen. Term als die Angeklagten sich gegen den Haftbefehl beschwerten, da war das Material was hier ausgearbeitet ist, schon vorhanden. Es war zum mindesten dem Obergericht, das über die weiteren Haftentscheidungen, die der Untersuchungsrichter abgelehnt hatte, zu entscheiden hatte, bekannt. Bei der Frage, ob der Haftbefehl zu Recht erlassen sei, mußte das Obergericht natürlich prüfen, ob denn überhaupt der § 105 auf die Tat Anwendung findet und diese Frage hat das Obergericht bejaht. Es hat den Haftbefehl nicht aufgehoben. Der Angeklagte Rahn hat gleich zu Beginn der Sitzung erklärt in bezug auf meine Person: Dieser arme Staatsanwalt, der hat nun die Anweisung vom Senat bekommen, gegen mich aufzutreten, er konnte nicht anders, ich habe bedauert, daß er tun mußte, was seiner Überzeugung widerstrich. Als darüber zu entscheiden war, ob der Haftbefehl zu erlassen und das Verfahren einzuleiten wäre, habe ich beinahe eher Kenntnis erlangt, als der Senat und es war meine Meinung, daß hier der § 105 des StGB. gegeben sei. Deshalb sage ich das abbilligen. Aber eines will ich hier noch hervorheben, daß deshalb kann ich nichts anderes als auch Ihnen empfehlen zu verurteilen. Nun die Frage nach mildernden Umständen. Ich bitte Sie die Frage zu bejahen. Es sind mildernde Umstände da und dem Angeklagten Rahn will ich zubilligen, daß er in gewissem Maße aus idealen Gründen handelte. Auch dem Angeklagten Schmidt will ich das zubilligen. Aber ein will ich hier noch hervorheben, daß er augenscheinlich von einem, man darf wohl ruhig sagen, Kanak, muß erfüllt ist, der ihn blind gemacht hat gegen gewisse Dinge. Es war vielleicht auch nicht immer so, wie man es in Verhandlungen vor dem Gericht gewohnt ist, daß Zeugen, die belastend auslagen, durch Fragen geradezu in Verwirrung gesetzt werden. Ich habe einen Sinn dafür, wenn man gewalttätige Handlungen begibt, etwas Unverhörtes ausführt und sich dann dazu bekennt, aber mir geht ein Verständnis dafür ab, daß man erst die Dinge tut, und wenn man zur Rechenschaft gezogen wird, sie zu bestreiten versucht. Ich empfehle Ihnen die Schuldfrage, und die Frage nach mildernden Umständen zu bejahen.

### Bertiediger J.R. Rosenbaum:

Meine Herren Geschworen! Wenige Tage vor Beginn der Schwurgerichtsperiode wurde in eben diesem Saale das neue Obergericht eröffnet. Bei dieser Feier ist wieder das alte Wort: „Justitia fundamentum regnorum.“ „die Gerechtigkeit ist das Fundament des Staates“ gesprochen worden. Wir leben in einem jungen neuen Staatswesen, in welchem noch an allen Ecken und Enden gebaut werden muß, auch am Fundament. Und an diesem Fundament mitzuwirken, sind Sie heute in erster Reihe berufen, damit das Fundament, das den Staat tragen soll, fest genug ist, um seine Größe zu tragen, denn die Größe eines Staates beruht nicht — das beweist die Geschichte unzähliger Staaten besser — in seiner Ausdehnung oder in der Zahl

seiner Bürger, sondern sie beruht auf der Größe der den Staat bewegenden Ideen. Im Sinne dieser Größe ist der von Ihnen zu entscheidende Prozeß ein wahrhaft großer.

### Geschichtliches.

In meiner künftigen Sammlung merkwürdiger Rechtsfälle wird dieser Prozeß fehlen. Das Spiel der Geschichte will, daß der letzte Immunitätsprozeß, der länger als 60 Jahre zurückliegt, ebenfalls einen Danziger Abgeordneten betraf, nämlich den Kreisrichter Twestel, der von Danzig in den Preussischen Landtag entsandt war. Twestel hatte gegen die preussische Justizverwaltung im Landtage heftige Angriffe gerichtet, und er wurde auf Betreiben des Justizministers unter Anklage gestellt. Die Instanzengerichte lehnten es ab, gegen ihn einzuschreiten, weil er durch die Immunität gedeckt war. Das Obertribunal, in das der Justizminister zwei bisherige Hilfsrichter entsandt hatte, entschied, daß das Verfahren zu eröffnen sei, und zwar mit einer Begründung, wie sie dem Herrn Staatsanwalt vorgeschwebt hat, als er davon sprach, das immunität Melungsaufhebungen, nicht aber die Dinge seien, von denen hier die Rede ist. Meines Wissens hat das Reichsgericht irgendeine derartige Entscheidung nicht gefällt. Die ganze Rechtsgeschichte der letzten 60 oder 70 Jahre ist spurlos vorübergegangen, ohne daß die einseitige Entrüstung des damaligen geistigen Preussens über diesen Prozeß und über diese Rechtsauslegung, die damals als Rechtsbeugung empfunden worden ist, irgendwie nachgewirkt hätte. Damals konnte gesagt werden, daß alle Ordenssterne des Staates nicht die Wunden decken könnten, die der Ehre des Staates geschlagen seien, und die Narben dieser Wunden sind bis auf den heutigen Tag erkennbar geblieben. Die bestehen darin, daß, als das Reichsgericht gegründet wurde, die Bundesstaaten sich weigerten, das Reichsgericht nach Berlin legen zu lassen, damit es nicht dem Einflusse der preussischen Regierung unterstünde, und als das Gerichtsverfassungsgesetz gemacht wurde, da kam die Bestimmung hinein, daß beim Reichsgericht Hilfsrichter nicht tätig sein dürfen.

### Die Immunität.

Die Frage der Immunität ist doch, so auch hier, eine gewisse Zentralfrage. Es ist schon neulich erörtert worden, daß infolge der Bestimmung der Verfassung über die Immunität niemand wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes als Abgeordneter getanen Äußerungen gerichtlich oder auf dem Dienstwege verfolgt werden darf. Was gesprochen ist, meine Herren Geschworen, das sind Äußerungen gewesen, die unterstehen nicht der Entscheidung in diesem Falle. Hier würde nur zu prüfen sein, was über die Äußerungen hinausgehend durch die Immunität nicht gedeckt ist. Um Zweck und Inhalt der Immunität zu erläutern, möchte ich vergleichsweise anknüpfen an einen anderen Fall der Immunität, der die Sache klarer macht, nämlich an die diplomatische Immunität des Richters. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch haftet jeder Beamte für den Schaden, der durch Verletzung seiner Amtspflicht entsteht. Eine Ausnahme ist für den Spruchrichter geschaffen. Der Spruchrichter, der bei der Fällung eines Urteils seine Amtspflicht verletzt, der haftet nicht. Das Gesetz sagt, wer seine Tätigkeit ausüben muß, immer unter dem Druck, wenn ich etwas falsch mache, so muß ich dafür haften und muß Schadenersatz leisten, der muß in seinem Denken, in seinem Fühlen bedrückt werden. Wenn Sie das würdigen, so werden Sie sofort die Bedeutung der Immunität des Abgeordneten, der nur seinem Gewissen und der Ordnungsgewalt des Präsidenten unterworfen ist, der frei im Parlament tätig sein muß, völlig würdigen. Wenn also bei dieser Bedeutung der Immunität es wirklich einmal unterläuft, daß sich Szenen ereignen, die man besser wegmöchte, so darf man darum das kostbare Rechtsgut der Immunität der Abgeordneten nicht verletzen. Welches ist nun die Tragweite der Immunität, worauf bezieht sie sich? Gesagt ist im § 20 der Verfassung, daß sie sich auf Äußerungen bezieht. Nun müssen wir fragen: „Was sind Äußerungen?“ Das sind zunächst alle gesprochenen Worte. Es sind also Äußerungen im Sinne des Artikels 20 auch all die Kraftworte, auch all die Zurufe, die hier an Ihnen vorübergezogen sind, und die einen so großen Teil der Beweisaufnahme eingenommen haben. Aber eine einfache Erwägung ergibt, daß man seinen Willen und seine Meinung äußern kann auch auf andere Weise als durch Worte, Gebärden sind ebenfalls Mittel der Äußerungen. In einem sehr berühmten gewordenen Falle ist diese Frage zur Entscheidung gelangt, als das Reichstagsgebäude in Berlin eingeweiht wurde. Es wurde am Schluß der Einweihungsrede ein Kaiserhoch ausgebracht und dabei blieben zwei Abgeordnete ostentativ sitzen. Sie waren im Saal geblieben zu dem Zwecke, diese Demonstration auszuführen.



Die Staatsanwaltschaft beantragte beim Reichstage, die Genehmigung zur Strafverfolgung dieser Abgeordneten zu erteilen, weil sie sich durch das Sitzenbleiben einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben. In dem Abgeordnetenhaus, in dem Reichstage, war nur eine Meinung darüber, daß auch das Sitzenbleiben eine Verurteilung gewesen ist. Denken Sie an die Gebärden, die eine Verurteilung geradezu erkennen: Das Nicken mit dem Kopfe, das Schütteln mit dem Kopfe, kein Wort wird gesprochen und doch wird niemand daran zweifeln, daß es Verurteilungen sind. Und so kann es auch einem Zweifel nicht unterliegen, daß alles das, was hier an Ihnen vorübergezogen ist, an Schlägen auf den Tisch, an drohenden Gebärden, an Rütteln am Pult, Verurteilungen waren, die unter die Immunität fallen. Was bleibt also eigentlich übrig? Das Glas Wasser. Wenn wirklich dieses Glas Wasser die eigentliche Ursache der ganzen Geschichte sein soll, dann würde man in die Versuchung kommen, zu dem bereits vorhandenen Erbsischen Lustspiel ein neues Dantziger Lustspiel „Das Glas Wasser“ zu schreiben. Aber dem Herrn Staatsanwalt kommt es auf alle diese Einzelheiten gar nicht an. Er hat die Einzelheiten darzustellen, um dann zusammenfassend zu sagen: „Und wenn Ward und Totschlag gewesen wäre, so würde das nicht die Unantastbarkeit des Paragraphen 105 rechtfertigen, wenn nicht das alles Ausführungen eines einheitlichen Tatbestandes gewesen wären.“ Und nun bleibt die Frage: „Sag ein gemeinlicher Plan zugrunde, eine Versammlung zu sprengen oder sie an der Fassung oder Unterlassung von Beschlüssen zu hindern. Als die Voruntersuchung eröffnet wurde, und als der Haftbefehl erging, da war von einem Sprengen der Versammlung überhaupt gar nicht gesprochen, sondern die Voruntersuchung und die Verhaftung geschah ausschließlich deswegen, weil den Angeklagten zur Last gelegt worden ist, es unternommen zu haben, den Volkstag an der Fassung oder Unterlassung von Beschlüssen zu hindern. Nun sucht der Staatsanwalt das marische Gebäude der Anklage durch einen zweiten Pfeiler zu stützen, nämlich den, daß die Angeklagten es unternommen haben sollen, den Volkstag zu sprengen. Sprengen, das heißt gewalttätig auseinanderreiben. In den geschichtlichen Erinnerungen des Herrn Staatsanwalts wurde die Sprengung des Erbsischen durch die gottseligen Dragoner Cromwells und die Sprengung des französischen Parlaments durch Napoleon erwähnt. Da wäre noch eine dritte Sprengung hinzuzufügen, nämlich die Sprengung des Rump-Parlaments in Stuttgart durch die Truppen. In diesen drei Fällen da haben sie den Begriff des Sprengens klar vorliegen. Gesprengt wird eine gefesselte Versammlung, wenn sie gewalttätig auseinandergetrieben wird. Dafür, daß in dem ganzen Verlauf der vor Ihnen abgepflegten Verhandlungen irgendjemand auf den Gedanken gekommen wäre, den Volkstag auseinanderzulassen, dafür ist nicht der allermindeste Anhalt vorhanden, und auch in seiner Anklagerede hat der Herr Staatsanwalt nicht das geringste dafür vorgebracht. Bleibt also: Verhinderung der Fassung von Beschlüssen. Wenn Beschlüsse hätten verhindert werden sollen, so müßte doch die Möglichkeit einer Fassung zum mindesten im Bewußtsein der Angeklagten liegen. Und nun kommen insgesamt zwei Möglichkeiten überhaupt in Frage, nämlich 1. die Beschlussfassung nach der Geschäftsordnungsdebatte, und 2. die Beschlussfassung über den von den Angeklagten eingebrachten Getreideantrag. Präsident Matthaei hat auf das Bestimmteste erklärt, er hätte niemals daran gedacht, eine Beschlussfassung über die politische Beilegung herbeizuführen. Der zweite Beschluss wäre über die Getreidebewirtschaftung gewesen. Die Angeklagten haben Ihnen, meine Herren Geschworenen, auseinandergesetzt, daß sie vor Beginn der Verhandlungen am 4. August schon darüber klar waren, daß sie, solange die Truppen im Hause anwesend waren, nicht verhandeln hätten. Dasselbe erklärten auch die Polen, daselbst erklärten die Unabhängigen Sozialdemokraten und die Reichssozialdemokraten. Alle diese waren entschlossen, unter Waffengewalt nicht Gesetze zu beraten. Es lag, wie Sie sich erinnern werden und wie die Beweisaufnahme ergeben hat, bereits ein neuer Antrag auf Einberufung des Volkstages mit 24 Unterchriften vor. Die Angeklagten waren ebenso wie die gesamten linken Parteien entschlossen, falls die Truppen nicht entfernt würden, den Saal zu verlassen, nachdem sie vorher den von ihnen gestellten Antrag zurückgezogen hätten. Es ist nun hier immer gesagt worden, der Senat hatte seinerseits ein Interesse daran, daß diese Sache zur Verhandlung kam, weil er völlig sicher war, daß er mit seiner Meinung so durchdränge, daß keine Verordnung aufrecht erhalten werde. Es ist im Laufe der Verhandlungen erwähnt worden, daß tatsächlich in späteren Zeiten diese Verordnung verändert worden ist, wenn ich nicht irre, von 10 auf 15 000 Tonnen. Es ist also nicht einmal in tatsächlicher Beziehung richtig, daß der Senat seiner Sache so völlig sicher war. Für die Angeklagten war es, möchte die Sache gut oder schlimm für sie ausgehen, in jedem Falle tatsächlich Gelegenheit, um auf die Außenwelt wirken zu können. Damit ist klar gestellt, daß es den Angeklagten niemals zur Last gelegt werden kann, daß sie das Haus zur Fassung oder Unterlassung von Beschlüssen genötigt hätten. Aber, meine Herren Geschworenen, den Angeklagten ist nachgelegt worden, sie hätten die Versammlung gesprengt. In sich wäre das hineinlegen der Truppen gar kein Grund gewesen, um alle diese Dinge vorzubringen, und deswegen muß noch auf die tatsächlichen Fragen eingegangen werden, was denn eigentlich den Senat zu dieser auffälligen Maßnahme veranlaßt hat. Daß es, meine Herren Geschworenen, Zeitungsartikel aus dem Juni und Juli gewesen sein könnten, die wochenlang zurücklagen, das kann doch gewiß nicht sein, es muß doch also irgendein neues Moment hinzugekommen sein.

#### Dunkle Gerüchte als Anklagematerial.

Nun aber, meine Herren Geschworenen, ist eins allerdings aus allem hervorgegangen, nämlich die Angaben, die Frau Kalähne gemacht hat über das Plamen der Ermordung von 2 Senatoren und über die Zusammenkunft von Truppen, über den Sturm auf den Volkstag, über die Sperrung von

100 Arbeitern und dergleichen. Mitteilungen, die an sich strenge Maßnahmen, viele Vorichtsmaßregeln erfordern. Welche Bewandnis hat es aber damit? Die Quelle der Frau Kalähne ist nicht genannt. In der Würdigung dieser Aussage, meine Herren Geschworenen, möchte ich mir doch eine gewisse Zurückhaltung auferlegen. Es handelt sich um eine Angehörige des zarten, leicht verletzlichen Geschlechts, und ich möchte mit meiner eigenen, vielleicht sehr reaktionären Stellungnahme zur Frage der Frau in der Politik auch dem Angeklagten Rahn, der ja wohl dahin anderer Auffassung ist, keine Schwierigkeiten bereiten, und ich möchte vielleicht an einer gewissen Schadenfreude nicht vorbeigehen, daß, nachdem es die Partei des Angeklagten gewesen ist, die seinerzeit im November 1918 der Frau in den politischen Sattel geholfen hat, nunmehr der Angeklagte der erste ist, der hierfür in diesem Prozesse die Quittung erhält, sondern möchte einen Größeren sprechen lassen, gegen den niemand etwas einwenden können, nämlich den großen Preußendichter Heinrich v. Kleist. In dessen herrlichem Preußendrama „Prinz von Homburg“ kommt der Generalfeldmarschall Verflinger in sehr großer Aufregung zum Vorfürsten und sagt, daß Rebellion im Heere des Kurfürsten bevorstehe, daß die Absicht gefaßt sei, öffentlich zu meutern, um den vom Kurfürsten wegen Subordination gefangengesetzten Prinzen von Homburg gewalttätig zu befreien. Der Kurfürst bleibt völlig ruhig und fragt: „Wer hat Dir das gesagt?“ „Wer mir das sagte? Die Dame Redwich, der Du trauen kannst, die Base meiner Frau.“ Darauf antwortete der Kurfürst: „Das muß ein Mann mir sagen, ehe ich daran glaube.“ Meine Herren Geschworenen, die Großen Kurfürsten sind leider ausgestorben, aber die Dame Redwich ist unsterblich.

#### Der 4. August.

Nun stellen Sie sich vor, meine Herren Geschworenen, die Angeklagten, die mit allen den Vorgängen, die gegen den Senat als geplant mitgeteilt waren, nichts zu tun haben und daß sie sich nun einfach der in das Haus eingelagerten Truppenmacht gegenübersehen. Sie empfinden den Zustand als einen verfassungswidrigen und nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme ist dieser Zustand in der Tat ein verfassungswidriger gewesen. Der Präsident Matthaei hat hier als Zeuge unter seinem Eide erklärt, daß er das Mitbringen von Handgranaten ausdrücklich verboten hat. Sie haben weiter aus der Beweisaufnahme gehört, daß, als Wolff mit dem Präsidenten Matthaei in die Glasveranda ging und dort nach Handgranaten fragte, ihm prompt und militärisch geantwortet worden ist, es seien keine Handgranaten da. Als er als alter Oberfeuerwerker mit sicherem Blick die Handgranaten erkannte und hervorholte und fragte, was das denn wären, da sagte der diensttuende Offizier, das seien die Handgranaten für seinen Privatgebrauch.

#### Der § 105 St. G. B.

Das tatsächliche Gefühl schon erweist es nach jeder Richtung hin, daß die Voraussetzungen des § 105 des StGB. überhaupt gar nicht in Rede stehen und daß die Angeklagten mit ihrem Verlangen, daß die Truppen aus dem Hause entfernt würden, sich auf dem Boden des Rechtes bewegen. Dennoch meine Herren, muß ich auf die Frage eingehen, ob denn der § 105 überhaupt auf Abgeordnete Anwendung finden kann. Ich kann Ihnen sagen, daß nach meiner festen Rechtsüberzeugung der § 105 des StGB. unanwendbar ist auf den Fall von Rahn und Schmidt. Die geschichtliche Entwicklung des § 105 läßt gar keinen Zweifel darüber für mich, daß der § 105 sich lediglich richten sollte gegen Angriffe auf das Haus, die von außen kommen.

Das Reichsgesetz, das schon im Artikel 1 damit beginnt: „Ein gewalttätiger Angriff usw.“ zeigt, daß diese Bestimmung es gewesen ist, die jetzt dem § 105 zugrunde liegt. Und dieses Reichsgesetz ist nicht aus ausschließlich von Zusammenrottungen, Tötlichkeiten usw., die von außerhalb der Versammlung stehenden Leuten unternommen werden. So geht es meine Herren Geschworenen das ganze Gesetz hindurch. Keine Bestimmung dieses Gesetzes würde auch im Wege der Auslegung dazu verwendet werden, um gegen widerstandsfähige Abgeordnete, die obstruieren, mit diesem Gesetz vorzugehen. Die Bestimmung des Artikels 1 ist übergegangen mit ganz geringfügigen Veränderungen in das Preussische Strafgesetzbuch und aus dem Preussischen Strafgesetzbuch unverändert in das Reichsstrafgesetzbuch übernommen worden. Diese geschichtliche Entwicklung beweist also, daß der Gesetzgeber nie daran gedacht haben kann, den § 105 auf die gefesselte Versammlung selbst anzuwenden. Und nun will ich Ihnen den letzten Beweis dafür geben, daß der § 105 im Sinne der Anklage unmöglich verwendet werden kann. Diejenigen, die die Möglichkeit einer solchen Anwendung bejahen, machen einen Unterschied zwischen der physischen Obstruktion — das ist derjenige, die in Schreien, Lärm, Pöbeln und dergleichen besteht — und in der technischen Obstruktion, die besteht in der Ausnutzung der Geschäftsordnung. Zunächst einmal ist in einer wissenschaftlichen Abhandlung über die praktische Obstruktion, ihre Geschichte und ihre Bedeutung von Brandenburg, die Ansicht vertreten, daß physische Obstruktion und technische Obstruktion völlig gleichwertig sind in ihrer Rechtslage. Das würde unwillkürlich dem Rechtsempfinden entsprechen. Dann, welches ist der Zweck der Obstruktion? Die Verhandlungen zu verhindern. Das gesunde Rechtsempfinden wird eine Unterscheidung zwischen der physischen und technischen Obstruktion nicht machen können. Nun möchte ich noch ein kurzes Wort als Dantziger an Sie richten. Herr Abg. Keruth hat hier gesagt, alle diese Dinge erklären sich ja dadurch, daß das Parlament noch jung ist. Nun meine Herren Geschworenen, bei uns in Dantzig ist alles jung, der Senat, das Parlament. Gerade aus dem Umstande, daß alle die maßgebenden Faktoren noch nicht recht auf einander eingearbeitet sind, erklärt sich für mich, daß die Gegenstände in der Form auseinander geraten sind, wie es hier geschehen ist. Nun muß sich Vertrauen dadurch erwerben, daß man Vertrauen schenkt. Das ist das Unkluge unserer Zeit, daß wir in dem anderen — sei es der andere Deutsche oder der andere Gläubige, der andere Mächtige oder der andere Reichsgesetzgeber — nicht mehr den misstrauenden Menschen erblicken. Wenn es gelänge dieses Gefühl der vernünftigen Berechnung selbst zu unterdrücken und bei aller sachlichen Gegnerschaft sich durch das Band der gemeinschaftlichen Aufgaben verknüpft zu fühlen, dann würden alle diese Dinge unmöglich sein, die hier vor uns stehen und trüben geschehen sind. Das was geschehen ist, gehört so sicher der Vergangenheit an wie insbesondere die Ausdrucksweise, derer sich die Angeklagten bedient haben. Ja, der ich in einer ständigen Fühlung mit den Angeklagten geblieben bin, weiß, daß dieses die Lehre dieses Prozesses gewesen ist. Ich bin sich, daß das Schicksal

der beiden Angeklagten getrost Ihrem Spruche anvertraut werden kann. Ich bitte Sie die Schuldfrage gegen beide Angeklagten zu verurteilen.

Rechtsanwalt Rosenfeld gibt eingangs seiner Rede seine Enttäuschung zu erkennen darüber, daß der Staatsanwalt sich nicht veranlaßt gesehen hat, die Anklage zurückzunehmen. Er geht auf die Vorgeschichte des 4. August und auf die Vorgänge in der Sitzung ausführlich ein und erklärt, daß die Angeklagten nicht die Absicht hatten, die politische Macht an sich zu reißen, da das nur von kurzer Dauer sein kann und das Eingreifen Polens zur Folge hat. Die Beweisaufnahme habe klar ergeben, daß

#### ein Plan zur Verhaftung der Abgeordneten

bestand. Es sei bezeichnend für die Qualität des Materials über die kommunalistischen Putschabsichten, daß der Staatsanwalt dieses anscheinend in Händen hat, sich aber weigert, es dem Gericht vorzulegen.

Die den Angeklagten zur Last gelegten Handlungen sind durch die Beweisaufnahme nicht erwiesen. Selbst wenn sie bewiesen worden wären, so fielen sie unter den Begriff Immunität. Durch den § 105 wird nur der Volkstag, nicht aber die Regierung geschützt, deshalb komme eine Bedrohung der Senatoren nicht in Betracht. Rechtsanwalt Rosenfeld ging dann auf die einzelnen Zeugnisaussagen ein und wies zum Schluß darauf hin, daß in anderen Parlamenten sich die gleichen Sturmszenen ereignet haben, ohne daß jemand daran gedacht hat, gegen Abgeordnete strafrechtlich vorzugehen. Die Schuldfragen müssen bei beiden Angeklagten verneint werden. R.-A. Rosenfeld richtete zum Schluß einen Appell an die Geschworenen, als aufrechte Männer nach ihrem Gewissen zu entscheiden und sich dessen eingedenk zu sein, daß die ganze Welt ihr Augenmerk auf diesen Prozeß richtet.

Um 12 Uhr wird die Verhandlung durch eine Mittagspause unterbrochen.

Gegen 3 Uhr wird die Nachmittagsitzung eröffnet.

Der Staatsanwalt geht auf die Ausführungen der Verteidiger ein und vergleicht die zur Verhandlung stehende Angelegenheit mit einem Mosaikbilde. Die einzelnen Steine besagen nichts. Erst durch ihre Zusammenfügung entsteht ein Bild. So müsse man auch die Vorgänge am 4. August beurteilen. Der Staatsanwalt legt dann in längeren juristischen Ausführungen dar, daß die Verurteilungen Rahns betr. Verhinderung der Beschlussfassung nicht durch die Immunität gedeckt werden und beruft sich auf eine Reichsgerichtsentcheidung im Falle Leinert. Seitens der Staatsanwaltschaft hätte man den Wunsch gehabt, das Material des Senats vorzulegen. Um nicht Namen preiszugeben, sei das nicht möglich. Dr. Rangow vertrat die Ansicht, daß die Verhandlung ergeben habe, daß ein Komplott nicht bestanden hat.

Rechtsanwalt Rosenbaum tritt der Auffassung des Staatsanwalts entgegen und betont, daß der Hinweis auf die Entscheidung des Reichsgerichts überflüssig ist, weil die Dantziger Verfassung ausdrücklich bestimmt, daß ein Abgeordneter für eine in Ausübung seines Berufes getane Verurteilung rechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden darf. Der Verteidiger tritt für die Freisprechung beider Angeklagten ein.

Rechtsanwalt Rosenfeld weist darauf hin, daß der Staatsanwalt dem Abg. Schmidt unterstellt, für das Jahr 1921 die Weltrevolution angekündigt zu haben. Aus der vom Staatsanwalt angelegenen Volkstagsrede kann man das jedoch nicht entnehmen. Es könne keine Rede davon sein, daß die Angeklagten eine Beschlussfassung verhindern wollten. Der von Rahn eingebrachte Gesetzentwurf über die Getreideversorgung stand in erster Lesung zur Debatte, wo bekanntlich keine Beschlüsse gefaßt werden. Der Verteidiger betonte, daß die Angeklagten keine Verbrecher sind und daß der Spruch der Geschworenen für die Angeklagten Freiheit oder Zuchthaus bedeutet.

Staatsanwalt Dr. Rangow erklärt, daß auch er die Angeklagten nicht ins Zuchthaus schicken will. Die Bewilligung mildernder Umstände bedinge Festungshaft.

#### Die Schlussworte der Angeklagten.

Nachdem Staatsanwalt und Verteidiger ihre Plädoyers beendet haben, erhält Rahn das Schlusswort. Er stimmt ein Loblied an über die politische Tätigkeit der Frau und kritisiert daran anschließend das verfassungswidrige Verhalten des Senats und der Mehrheitsparteien. Dies Verhalten hätte die schärfste Obstruktion der Minderparteien herausgefordert. Rahn schildert dann sein Verdienst um die Allgemeinheit durch seine Tätigkeit im Wirtschaftsamte. Im Dantziger Parlament seien zwar ungehörige Worte gefallen, aber das sei auch bei anderen Gelegenheiten vorgekommen, z. B. bei der Abfahrt der Senatoren nach Warschau. Rahn erklärt zum Schluß, daß er stets im Interesse der Allgemeinheit gewirkt habe und dem Spruch der Geschworenen in Ruhe entgegenstehe.

Abg. Schmidt erklärt, daß er nach den Ausführungen der Verteidiger nichts mehr zu sagen habe, auch er könne den Spruch der Geschworenen mit gutem Gewissen erwarten.

Nach der Rechtsbelehrung der Geschworenen durch den Vorsitzenden Dr. Ruse, wobei dieser erklärt, daß der § 105 des St. G. B. auch auf Abgeordnete Anwendung findet, weil unter „Wer“ jedermann zu verstehen sei, ziehen sich die Geschworenen zur Beratung zurück.

Ihnen wurden folgende Schlussfragen vorgelegt:

1. Ist der Angeklagte Wilhelm Rahn zu Dantzig am 4. August allein oder in gemeinschaftlicher Ausführung mit einem anderen schuldig, es unternommen zu haben, eine gefesselte Versammlung, den Volkstag der Freien Stadt Dantzig, auseinanderzusprengen oder die Versammlung zur Fassung oder Unterlassung von Beschlüssen zu nötigen?
2. Wenn ja, sind mildernde Umstände vorhanden?
3. Ist der Angeklagte Schmidt zu Dantzig am 4. August allein oder in gemeinschaftlicher Ausführung mit einem anderen schuldig, es unternommen zu haben, eine gefesselte Versammlung, den Volkstag der Freien Stadt Dantzig, auseinanderzusprengen oder die Versammlung zur Fassung oder Unterlassung von Beschlüssen zu nötigen?
4. Wenn ja, sind mildernde Umstände vorhanden?



(Fortsetzung folgt.)



# Die Lösung der irischen Frage.

(Von einem englischen Mitarbeiter.)

Die scheinbar unlösliche irische Frage hat in ihren Wandlungen wieder einmal einen Punkt erreicht, der eine Aussicht auf eine, wenn auch keineswegs allgemein befriedigende Lösung eröffnet. Mit ungeheurer Spannung sieht man in ganz Großbritannien und nicht zuletzt in Irland den am 11. Oktober beginnenden Verhandlungen entgegen, zu denen die politische Regierung das irische Kabinett gebeten hat, Delegierte zu senden. Diese Verhandlungen betreffen die Einleitung damit, daß eine Konferenz viel mehr als eine Korrespondenz der praktischen und hoffnungsvollen Art zu einer Verständigung sein wird. Somit besteht neue Hoffnung an einem Ueberbrettschwenken. Aber auch weiter nichts als Hoffnung.

Der Kern der irischen Frage ist in dem Streben nach nationaler Selbstbestimmung und Selbstständigkeit zu finden. Die Kämpfe, die das irische Volk bis Ende des vorigen Jahrhunderts gegen England geführt, waren hauptsächlich Kämpfe armer irischer Pächter gegen das eingewanderte, unterjochende Großagrarium. Man kann den irischen Befreiungskampf in drei große Abschnitte teilen: 1. Der Kampf um die vollständige irische Unabhängigkeit von England, der seinen Höhepunkt im Jahre 1881 erreichte; 2. der Kampf für eine irische (eigene) Regierung von 1877 bis 1914; 3. der Kampf um die irische Republik, der während des Weltkrieges begann und heute mit größter Schärfe geführt wird.

Warum wurde keine irische Regierung eingeführt? Weil die protestantischen Iren sich seiner Einführung widersetzen. Sie bilden ein gutes Viertel der irischen Gesamtbevölkerung. In der Nordostküste Irlands besitzen sie eine festgeschlossene Mehrheit, während sich reger Eifer in Industrie und Handel und beinahe zu einem eifervollen Ackerbau. Durch gemeinsame Interessen der Industrie und des Ackerbaus fähig sie sich von allerley zu England hingezogen und haben in konservativen Kreisen des englischen Volkes und Parlaments jede starke Stütze, die sie brauchen. Sie fürchten, daß in einem irischen Parlament, wo die katholischen, landwirtschaftlichen Iren selbstverständlich eine erdrückende Mehrheit bilden würden, ihre Glaubensfreiheit und ihre wirtschaftlichen Interessen bedroht wären. Dagegen behaupten die katholischen Iren, daß Irland ein wirtschaftliches Ganzes bildet, so daß es nicht nur ein Schaden für Irland wäre, wenn es keine Industriegebiete besäße, sondern auch ein Schaden für die Iren, wenn es nicht mehr zu Irland gehörte. Die katholischen Iren stellen jegliche Verhinderung für die Freiheit des Glaubens und sind ferner der Meinung, daß die Iren in Wahrheit ein einheitliches Volk sind, wo die Minderheit kein Recht hat, der Mehrheit ihren Willen aufzuzwingen.

Man gibt es in England hauptsächlich infolge der Erziehung durch die Northcliffe-Presse, eine große Anzahl Leute, die den katholischen Iren für träge, schamig, unwahrhaftig, arm und jeder Selbstregierung unfähig halten. Das dieses Bild heute eine Karikatur ist, ist dem Willenden bekannt. Nach der Einführung vernünftiger Landgesetze in den Jahren 1903 und 1909 hat die landwirtschaftliche ganz der Iren geleitete Abteilung der Dubliner Regierung es dahin gebracht, daß Irland heute einen freibäuerlichen und wohlhabenden Bauernstand besitzt.

Die britische Regierung ist jetzt so weit, daß sie alles bewilligt, worauf sich die beiden streitenden Parteien einigen würden. Die Bedingung Englands ist, daß die englische Politik zu Wasser und zu Lande gegen militärische und wirtschaftliche Bedrohungen durch Irland gesichert ist. Aber Witter will nicht, weder seine Rolle noch die von den Zinshebern verlangte Republik. Die Einführung des im Jahre 1914 beschlossenen Gemeindefriedens wurde während der Dauer des Krieges vertagt während gleichzeitig der Premierminister erklärte, daß man Witter nicht gegen seinen Willen unter das Gesetz zwingen könne. Das Witter dem irischen Volke die Augen. Es wurde sich klar, daß die Koalitionregierung nicht die Absicht hatte, das Gesetz einzuführen. Ein Sturm der Entrüstung ging durch das Land und endete mit dem Aufbruch am Ostersonntag 1916 in Dublin. Der Sturm richtete sich hauptsächlich gegen die Führer der nationalistischen Partei, die sich wieder einmal von den Engländern hätten an der Nase herumführen lassen. Die Masse des Volkes schenkte jetzt ihre Sympathie der Sinnfeiner-Bewegung, deren Ziel eine völlig von England getrennte Republik ist.

Daß England niemals eine vollständige Trennung Irlands zugehen wird, ist jedem Kenner der Verhältnisse schon jetzt klar. Eine Mehrheit, die Irland wirtschaftliche Freiheiten gewährt dürfte sich im englischen Parlament nicht finden. Selbst die Arbeiterpartei ist darüber geteilter Meinung, wenn es darauf ankommt, alljährlich gefasste Resolutionen über das Selbstbestimmungsrecht Irlands in die Tat umzusetzen. Somit gibt es vorläufig nur eine Möglichkeit, den Leidensweg des irischen Volkes abzukürzen: Die Annahme der von der britischen Regierung gewährten Dominionstellung für Irland, wie sie Kanada und Südafrika besitzen. Das ist die einzige Form des Kompromisses, die noch einige Aussicht auf Annahme bei der Mehrheit der Iren hätte. Dadurch würde das irische Volk freie Bestimmung in allen inneren Angelegenheiten, mit Einschluß der Finanzen, bekommen. Eine Abkehrung dieses Angebots würde nur eine Wiederankündigung brutaler Militärverdrückung und Fortsetzung ungeschützter Lebensbedingungen bedeuten. Man kann nicht von Freiheit und Selbstbestimmung sprechen, solange die Angelegenheiten Irlands und das Gesetz mißachtet wird. Vom nationalen Selbstbestimmungsrecht aus ist dieser fortgeschrittene Vorschlag Irlands eine Tugend. Irland braucht den britischen Markt. Irland ist fast ein freies Gutachten, führt die Produkte ein. Früheres Kapital hat Irlands Bauernstand erreicht und könnte viel dazu beitragen, den Iren zu entwickeln. Aber in den Augen der Iren haben diese Dinge nur sekundäre Bedeutung. Der Ire will Irland frei haben. Die Idee Irlands — irische Kultur, irische Sprache, irischer Geist — findet in der irischen Natur die höchste Ebene. Der irische Nationalist Grundbesitzerfamilie entkommen, irische Sozialisten G. M. Shaw hat in seiner Broschüre: „Wie man die irische Frage“ nur bestehende Sport für die Nationalisten der Sinnfeiner, besonders, wenn sie der Welt vorführen, daß sie dem irischen Volk die Entscheidung über den Kampf gegen England führen werden. Sie haben augenscheinlich nicht die geringste Ahnung von dem Umfang der Macht Englands.

Aber Irland kann nur der Sozialismus und die Sozialdemokratie der Arbeiter frei bringen. Die Ausschließung der katholischen Gewerkschaften von den Arbeiter-Schiffswerften durch die protestantischen Gewerkschaftsführer zeigt allerdings noch mangelnde Selbstständigkeit. Der nächste Schritt liegt somit in der freien Faltung der Gewerkschaften, um dieser blauen Tyrannei ein Ende zu bereiten. Die Arbeiterpartei lehnt es zwar ab, sich für oder gegen eine unabhängige irische Republik zu erklären, hofft

aber, daß Irland, wenn der durch den Bürgerkrieg erhaltene Geist abgeklüht ist, irgendetwas annehmen wird, das im besten Interesse Irlands liegt.

## Silberuf der Invaliden und Witwen.

Der Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands richtet an die Reichsregierung folgenden Silberuf, von dem dringend zu wünschen ist, daß er nicht nur dort, sondern auch bei uns weitgehend Gehör findet:

Die Arbeitslosen, Invaliden und Altersrentner, Unfallverletzte, Armenunterstützungsempfänger, Geburtshilfskinder und ihre Angehörigen sind durch die neue Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsmittel in einen Zustand der Verelendung gebracht, der nicht mehr überbrückt werden kann. Abseits im harten Ringen erschöpft, dauernd schwer leidend, zum großen Teil völlig erwerbsunfähig, stehen unzählige vor dem Nichts, sie sind außerstande, die nötigen Mittel zur Beschaffung von Brot, Kartoffeln, Kohlen, Kleidung usw. aufzubringen. An Menden inf. Beihilfen und Zulagen erhalten: 1.800.000 Invaliden und Altersrentner im Durchschnitt pro Tag circa 2,90 Mk.; 1.200.000 Waisen pro Tag circa 1,10 Mk.; 900.000 Unfallverletzte im Durchschnitt pro Tag circa 1,00 Mk.

Reichsmittel werden außerhalb dieser festgesetzten Renten als ergänzende Hilfsleistungen nicht gegeben. Auf dem Wege der Armenunterstützung helfen die Gemeinden helfen, um dieser werden Unterhaltungen gewährt, die unter Anrechnung der Renten durchschnittlich 150 Mk. pro Monat nicht übersteigen.

Erwerbslosenernterleistungen sind den Invalidenrentnern aus wirtschaftlicher Verwertung, da diese Kreise als nicht mehr auf dem freien Arbeitsmarkt vermittelungsfähig betrachtet werden. Derzeit bemühen sich noch zum Teil erwerbsfähige Invaliden um die wenigen freibewilligten Arbeitsstellen für Erwerbsbeschränkte; die Regelung der Arbeitsbeschaffung für Erwerbsbeschränkte liegt völlig im argen.

Was sollen alle diese unglücklichen Menschen in dieser entsetzlichen Lebenslage beginnen? Es sind zu einem großen Teil alte Väter und Mütter, Arbeitsveteranen, die ihr ganzes Leben lang in harter Arbeit gestanden haben, es sind Volksgenossen im besten Menschenalter, die auf dem Schlachtfeld der Arbeit bezugslos, verabschiedet oder durch lang andauernde Krankheiten körperlich sehr geschwächt sind, es sind Familien, denen der Ernährer durch Unglücksfälle oder Krankheiten entzogen wurde. Zu der schweren finanziellen Not dieser Menschen ist die schlimmste wirtschaftliche Not hinzugekommen. Kraft und wehrlos liegen sie am Boden und sind auf die Barmherzigkeit des Reiches, der Gemeinden und auch der Familien angewiesen.

Wir appellieren an Menschlichkeit und Gerechtigkeit und rufen im Namen dieser Leidenden und Schwachen, als Vertreter ihrer Einheitsorganisation ganz Deutschlands, die Reichsregierung, die Parlamente und alle sozialführenden Volksgenossen auf, unerbittlich dem Unter gange dieser Hunderttausender entgegenzutreten. Der Winter ist im Anzuge, alle Worte der Sympathie und des Wohlwollens nützen diesen Hilflosen nichts, es muß sofort gehandelt werden. Deshalb ersuchen wir die Reichsregierung, die Wünsche und Forderungen dieser Kreise, der Ärmsten unseres Volkes, entgegenzunehmen und aber sofort einzuleitende Hilfsmassnahmen ausbreitende Rentenerhöhung, Arbeitsbeschaffung für Erwerbsbeschränkte, Verbesserung der ergänzenden Hilfe, Bildung eines Reichsausgleichs für Invaliden usw., mit uns zu verhandeln. Wir sehen, wie auf der einen Seite von Tellen unseres Volkes Milliardengewinne erzielt werden, ein unerhörter Luxus sich breit macht, wie eine Überflut von Genüssen und Vergnügungen vorhanden ist, wie geschlemmt und gepörrt wird, und wie können nicht einsehen, weshalb auf der anderen Seite große Teile unseres Volkes ungeschuldet auf die elendeste Weise dahinsinken und zugrunde gehen sollen.

## Die deutsche Zentrumspartei am Scheidewege.

Während sich die Zentrumspartei im Freistaat bereits vollständig der deutschen nationalen Reaktion verschrieben hat, vogt im deutschen Zentrum der Kampf zwischen den Anhängern der Republik und der Monarchie noch immer unentschieden.

Die Zentrumspartei ist schon seit dem Tag ihrer Gründung eine Partei der widerstreitenden Auffassungen gewesen. In ihr eine der gemeinsamen katholische Weltanschauungsgehalte Arbeiter und Unternehmer, Kleinbauern und Großagrarier, kleine Mittelstandsbereinigten und großkapitalistische Mittelstandsverächter. Die Interessengegensätze aller dieser Berufsgruppen und Richtungen haben im Zentrum unzählige Male kollidiert. Streik fanden jedoch die Kämpfe den notwendigen Ausgleich, der den Zerfall der Partei hintanhaltete. Nach dem Kriege hat jedoch die Gegensätze nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet so stark geworben, daß auch die geringste Teil und die schicksalhafte Schläue der Zentrumskadetten nicht mehr ausreichte, die Gegensätze zu überbrücken. Mit der organisatorischen Trennung der katholischen bürgerlichen Separatisten vom Reichszentrum begann der Streit. Die unter Führung des schlaunen Dr. Heim stehende bürgerliche Zentrumspartei war so einseitig auf agrarische Interessenpolitik eingestellt, daß sie den Sinksturz nach der Revolution nicht zu tragen vermochte und, losgerissen von der alten Mutterpartei, in der Reichs- und Landespolitik eigene Wege zu gehen beschloß. Man mag über die reaktionären Einseitigkeiten Bayern kämpfen so viel man will, sicherlich verdient die Politik der bayerischen Volkspartei das Prädikat eines erblichen Draufgängerturns, daß sich offen zur Reaktion, zur antirepublikanischen Staatsverfassung bekennt — im Gegensatz zu der vorsichtig abwägenden Haltung der Zentrumspartei, die mit Mühe auf ihren bürgerlichen Anhang sich noch immer nicht getraut, entschieden ja oder nein zu sagen. Erst dieser Tage brachte das führende westdeutsche Zentrumblatt, die „Kölnische Volkszeitung“, zu der Frage „Zentrum und Republik“ einen Artikel, der zeigt, wie man im Zentrum auch heute noch die Hoffnung nicht aufgegeben hat, mit einer schwanfenden, ganz auf die Bedürfnisse des Tages eingestellten Politik die Einheit der Partei wahren zu können. Das Blatt schreibt:

„Das Zentrum hat sich mit der Frage ob Republik oder Monarchie noch nicht auseinanderzusetzen. In der Zentrumspartei gibt es Republikaner und Monarchisten. Es ist gleichgültig, ob diese oder jene die Mehrheit in einer Partei bilden, die den Hauptwert auf Verfassung, Recht und Gesetz legt. Wahrscheinlich ist die Zahl derer, denen die Republik herzensfremd ist, in der Zentrumspartei geringen, als die Zahl derer, die den monarchistischen Staatsgedanken noch nicht aufgegeben haben, aber trotzdem in den neuen Verhältnissen mitarbeiten, weil sie sich darüber klar sind, daß die Wiederherstellung der Monarchie für absehbare Zeit unmöglich ist.“

Es ist das Unglück Deutschlands, daß es keine starke bürgerliche Partei hat, die eindeutig und entschieden für die Demokratie und die republikanische Staatsverfassung eintritt. Ja, nach der augenblicklichen Situation, liegt das Zentrum entweder mehr nach rechts oder mehr nach links. Diese Scheuklappenpolitik wird zu einer Katastrophe führen, wenn nicht bald im Zentrum begriffen wird, daß

die entscheidendste Betonung des republikanischen Staatsgedankens ein unabwiesbares Gebot der Stunde ist. Der Zentrumsmann Dr. Wirth, der als Reichskanzler gegenüber dem Kurs des deutschen Reichsschiffes steht, hat kürzlich erklärt, wenn er zwischen rechts und links zu wählen habe, würde er sich für die Arbeiterpartei, für die demokratische Republik entscheiden. Das war offen und mutig. Nichts ist für den Bestand der deutschen Republik gefährlicher, als eine Scheuklappenpolitik, wie sie aus den vorstehend zitierten Stellen des führenden rheinischen Zentrumskadetten herausragt. Die Stunde verlangt, daß sich auch die Zentrumspartei in der Lebensfrage des deutschen Volkes entscheidet. Der vor der Tür stehende Kampf um die neuen Steuerentwürfe wird ohnehin schon die Geister im Zentrum auseinanderplagen lassen. Zwischen den konservativen Auffassungen der Zentrumskadetten und der Zentrumsmittelständler kann eine Einigung unmöglich erzielt werden. Der Kampf und auch die Spaltung in der Zentrumspartei ist unausbleiblich. Die Entwicklung der nächsten Wochen und Monate wird bereits zeigen, ob die führenden Männer des heutigen Zentrums soviel Weitblick besitzen, um durch eine kluge Politik die einst so stolze Partei vor dem völligen Verfall zu bewahren.

Säuberungen in der russischen SPD. Daß RSPD, richtig gelesen, „Raus Sie falscher Sowjet-Revolutioner“ und A. P. „Aleinere Partei“ heißt, zeigt folgender Parteiführungsbericht aus dem heiligen Russland: Diese Säuberungsaktion, die auf zwei Monate berechnet ist, dauert an. In zwei Kreisen des Petersburger Gouvernements sind 26 bzw. 24 Prozent der Parteimitglieder ausgeschlossen worden und 21 bzw. 24 Prozent befinden sich bis zum Abschluß der Nachprüfungen in der Schwebe. Sämtliche Sowjetzeitungen drucken einen Artikel Lenins ab, in dem der Ausschluß von 99 Prozent der Menschewisten verlangt wird, die sich nach der Oktoberrevolution der fleischigen Angehörigen hätten, ihrem Wesen nach aber Opportunisten geblieben seien. In leitenden Kreisen zweifelt man dennoch an dem Erfolge der Säuberung, da die gewöhnlichen Parteimitglieder sich fürchten, Anklage gegen die Kommissare zu erheben. Die Moskauer „Pravda“ schreibt über die Aktion, sie werde nur in einem Teil der Gouvernements energisch durchgeführt; in anderen hätten die Parteinstellen sich zu ihr wie zu einer alltäglichen Forderung des Zentralkomitees gestellt, und wieder in anderen werde die Sache ausgeprochen bürokratisch behandelt. Ja, da müssen die Bureaukraten eben ausgeschlossen werden. Nur so weiter bis zur entscheidenden Schlussfrage, ob Trotski Lenin oder Lenin Trotski ausschließt!

Die amtlichen Wälatapreise in Sowjetrußland. Die Sowjetregierung hat nunmehr die Preise für ausländische Wälat und Edelmetalle festgesetzt: 1 Solotnik (= 4,266 Gramm) Gold kostet 105 000 Sowjetrubel, 1 Solotnik Platin 315 000. Als Grundlage der Wälataschätzung ist ein Zehnrubel-Goldstück mit 100 000 Sowjetrubeln angesetzt, 1 engl. Pfund 251 000, 1 Reichsmark 600 Rubel, 1 Dollar 62 000, 1 holl. Gulden 19 600, 1 franz. Frank 4 300, 1 österreichische Krone 55 Rubel, 1 poln. Mark 15 Rubel.

Die Schuld der Großbanken an der Wälatakatastrophe. Das unglückliche Österreich befindet sich in einer Wälatakatastrophe mit all ihren verhängnisvollen Folgen. Die Wälataspekulation ist mit ein sehr wichtiger Faktor, der das Land ins Verderben stürzt, und gegen die läßt sich kaum etwas machen. — Das österreichische Wirtschaftsblatt „Die Wäse“ erhebt gegen die Großbanken die Anklage, durch forcierte Abverkäufe von Auslandskrediten den Inlandskreditkursen zerstört zu haben. Das Blatt führt des weiteren aus: „In dem Moment, wo die fortwährenden Schwankungen des Kronenkurss aufhörten oder wo überhaupt ein organischer gewollter Finanzplan dem Wälatelend ein Ende macht, werden die diebstahligen Dividenden verschwinden. . . . Schon die Theorie, daß das Geld näher steht als der Tod, zwingt die Banken und überhaupt das Finanzkapital zu einer Antikrisenpolitik und zu Gegenmaßnahmen gegen alle Verjuche, die größten Gefahrquellen für die Wertbeständigkeit des Geldes zu beseitigen. Wir leben eben in der sonderbarsten aller Zeiten, wo der eine Teil der Bevölkerung von der Geldentwertung lebt und der andere Teil durch die Geldentwertung stirbt.“

Der Schutzzollwahn. Was die Großen in Westeuropa und in Amerika wenig ruhmreich begannen, sehen die Oststaaten noch weniger ruhmreich fort. Das Gesetz der Nachahmung waltet auch in der Wirtschaft Jugoslawien und Rumänien haben jetzt neuen Zolltarife ins Leben treten lassen, welche das Schutzzollprinzip geradezu ins Komische überreiben. Ein Zollsatz von 40 bis 50 Prozent vom Werte der Waren wäre schon genug, um die Einfuhr vom Ausland vollständig zu unterbinden; in diesen neuen Tarifen sind aber eine Reihe von neuen Zöllen vorhanden, welche den vollen Wert der Ware wesentlich übersteigen. Auch Ungarn ist im Begriff, den Weg des Hochschutzes zu beschreiten. In Amsterdam haben unlängst gelegentlich des Reichshandelskongresses Gelehrte und Wirtschaftspolitiker dargelegt, daß die Wiederherstellung Europas und der dauernde Frieden in erster Linie nur als Folge des freien Handelsverkehrs zwischen allen Völkern eintreten kann, daß sich die Produktivkräfte eines jeden Landes nur beim ungehinderten Warenaustausch entfalten können. Einmütig kommt diese Einsicht aber recht wenig gegenüber einer Machtpolitik der Regierungen, welche gegenwärtig das Geschick der Völker lenken.

Die Stellung der Handarbeiter zu den Kopparbeitern. Der japanische Gewerkschaftsbund und besonders der Metallarbeiterverband beginnt eine Aktion gegen die Rolle der Kopparbeiter und der sogenannten Intellektuellen in den Gewerkschaften. Die Tätigkeit der letzteren liegt nach Ansicht dieser Verbände nicht im Interesse der Arbeiterbewegung. Derselben Klagen, die wir vom Anfang der gewerkschaftlichen Entwicklung her auch in den europäischen Ländern noch in Erinnerung haben. Nun geht aber gerade in den westeuropäischen Ländern die Sache einer großen Wendung entgegen. Es wird immer mehr die Zusammengehörigkeit und das Auseinanderangewiesensein der Kopf- und Handarbeiter erkannt und betont. Der Internationale Kongress der Bauarbeiter in Innsbruck wünscht eine einheitliche internationale Organisation ins Leben zu rufen, welche alle Hand- und Kopparbeiter, die im Baugewerbe beschäftigt sind, umfassen soll. Auf dem unlängst stattgefundenen nationalen Gewerkschaftskongressen, dem Kongress in Cardiff (England), der belgischen „Gewerkschaftswoche“ betonten die Führer die Notwendigkeit des Zusammenstehens mit den Technikern. Besonders dort, wo über aufbauenden Sozialismus geredet wird, über die Pläne, wie die Produktion in die Hand der Arbeiterklasse überführt werden soll, wird dieser Zusammenhang erkannt. Der veränderten Stimmung der Arbeiterklasse gegenüber den Kopparbeitern liegt natürlich die Tatsache zugrunde, daß diese letzteren in immer wachsender Maße zum Bewußtsein ihrer Klassenangehörigkeit erwachen.



Nach 2 stündiger Beratung fahren die Geschworenen in den Saal zurück. Die ihnen gestellten Fragen wurden mit „Ja“ beantwortet. Beiden Angeklagten wurden milde Urteile zugesprochen.

Als der Staatsanwalt daraufhin für jeden Angeklagten 1 Jahre Gefängnis beantragt, geht eine große Bewegung durch die zahlreich anwesenden Zeugen und Zuhörer.

Der Verteidiger ersucht, nur auf die gesetzliche Mindeststrafe zu erkennen und um Anrechnung der Untersuchungszeit. Gleichzeitig beantragte er Haftentlassung.

Nach kurzer Beratung erteilte das Gericht auf je ein Jahr Gefängnis für beide Angeklagten. Da die Untersuchungszeit eingerechnet wurde, beträgt der Rest der Strafe 10 Monate. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. Die Kosten des Verfahrens wurden den Angeklagten auferlegt. In der Urteilsbegründung heißt es, daß Unbestraftheit der Angeklagten berücksichtigt wurde. Das Gericht sei ferner von der Auffassung ausgegangen, daß die Angeklagten nicht aus Eigennutz, sondern im Interesse der Partei gehandelt haben. Weiter sei es wegen worden, daß ähnliche Handlungen im Danziger Volksrat bisher nicht bestraft worden sind. Unter Berücksichtigung dieser Umstände sei das Strafmaß angemessen.

Das Urteil wurde um 1/9 Uhr gesprochen.

# Politische Nachrichten.

## Die Beratungen über Oberschlesien.

Paris, 10. Okt. Der Pariser Korrespondent des „Lamp“ teilt mit: Die vier Mitglieder des Völkerrats, die mit der Vorlage des Berichts über die Teilung Oberschlesiens beauftragt seien, der belgische, brasilianische, chinesische und japanische Delegierte, würden ihre Arbeit ununterbrochen fortsetzen. Gestern, Sonntag, seien sie zweimal zusammengetreten. Die zweite Sitzung habe bis 3 Uhr morgens gedauert. Indessen habe ein vollständiges Einvernehmen zwischen den vier Mitgliedern ausgearbeitet werden können. Die Vorlage des von den 4 Mitgliedern ausgearbeiteten Entwurfs im Völkerratsrat hätte heute vormittag stattfinden sollen, sie sei auf Mittwoch verschoben worden. Der Völkerratsrat habe sich also noch nicht mit Oberschlesien beschäftigt. Er werde am Mittwoch unter dem Vorsitz von M. Combes zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten, um von dem Ergebnis der Beratungen der Viererkommission Kenntnis zu nehmen. Am gleichen Tage werde er sich über die dem Obersten Rat zu machende Teilung Oberschlesiens zu empfehlende Lösung einigen. Das Gutachten des Völkerratsrates werde telegraphisch dem Vorkommenden des Obersten Rates Briand mitgeteilt werden.

## Erste Besorgnisse in Berlin.

Aus Katala der beunruhigenden Nachrichten über die Lösung der ober-schlesischen Frage in Rom, teilte der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rosen den deutschen Botschafter in London Sir James Thomson telegraphisch nach Berlin mit. Der Botschafter, der gestern in Berlin eingetroffen war, ist nach Konferenzen mit dem Reichsminister des Auswärtigen wieder nach London abgereist.

Reichsminister Dr. Brüning ist gestern abend 10 Uhr von seiner Erholungsreise nach Berlin zurückgekehrt. Für heute vormittag ist eine Kabinettsitzung anberaumt, in der das Problem Oberschlesiens und die sich aus der Entscheidung ergebenden Folgen beraten werden sollen. In dieser Sitzung wird der Reichsminister des Auswärtigen über seine Besprechung mit dem deutschen Botschafter in London berichten.

Gestern abend ist eine Abordnung deutscher Arbeitervertreter nach London gereist. Die Reise soll durch die alarmierenden Nachrichten über den Stand der ober-schlesischen Frage veranlaßt sein.

## Verhaftung eines Rapp-Verbrechers.

München, 10. Okt. (M.A.B.) Den Blättern zufolge wurde der wegen Hochverrats im Zusammenhang mit dem Rapp-Putsch verhaftete Arzt Georg Schiele aus Raumburg an der Saale verhaftet. Die Verhaftung erfolgte, als er versuchte, die Grenze nach Österreich zu überschreiten.

von der Wiedereinführung der alten Verordnung Abstand nehmen zu wollen und den Antrag dahingehend abzulehnen. Gemeindevorsteher Dr. Gernburg hat die Gemeindeverordnetenversammlung nicht zum Kampfpfad zwischen Mietern und Vermietern zu machen. Gemeindevorsteher Dahler will die Mieter von Cliba um Zulassung von Material ersuchen, um gegen Hausbesitzer energischer vorgehen zu können. Gemeindevorsteher Gernburg wünschte Wiedereinführung der alten Verordnung, weil dadurch am schnellsten die jetzt eintreffenden Miethäuser besetzt werden könnten. Gemeindevorsteher Dahler führt einzelne Fälle von radikalen Hausbesitzern an, die den Mietern durch ihr Verhalten direkt Angst einjagen. Scher Meinung nach kann die Wohnungsnot und der Miethaus nur beseitigt werden, wenn die Allgemeinheit sich festig dagegen wehrt. Durch einen Antrag auf Schluß der Debatte wird endlich die Abstimmung herbeigeführt. Mit 9 gegen 4 Stimmen bei einer Stimmenthaltung wird die Wiedereinführung der Verordnung vom 17. Juli 1920 beschlossen. Die anderweitige Regelung der Wohnungsverteilung muß schließlich in die Hand genommen werden. Die gewählten Kommissionen sollen paritätisch von Gemeindevorstellern und bürgerlichen Beisitzern gebildet werden, damit eine gleichmäßige Behandlung der Mieter garantiert wird. Die Zuzahlung der Wohnung soll der Miethaus nach geschähen. Unbegründet Zulassung haben auf jeden Fall das Wohnungamt zu bewahren. Gemeindevorsteher Dahler verlangt für den Delegierten den Vorfall beim

J. Wolff zu vermitteln, übersteigt bereits das Können des Vortragenden. Hier ergab sich der Mangel an Rhythmisierung des Sängers im Zueinanderleben der Töne und im Fehlen der Sicherheit des Einflusses. In seinen eigenen Kompositionen sucht Koenentkamp seinen Mangel an Erfindung und Klangfülle durch eine unwahre, gequälte Originalitätsucht zu verdecken. Eine gewisse geistige Wirkung ist seinem Liede „Der Drachener“ eigen (nach einem Texte von Hermann Böns), aber freilich gerade wegen der einflusslosen Trivialität von Text und Vertonung. Zum Schluß sang Koenentkamp noch fünf Lieder von Fiedl, Maracz, Zilcher, Straßer und Hermann, von denen nur das zweite und dritte durch lebendige Charakteristik und aparte Klangmalerei aus dem Durchschnitt hinausragt.

Am Grotrian-Fügel spielte Herbert Wonneberg feinsinnig und anspruchsvoll seines Begleiteramtes. Dr. Wilhelm Bojze.

Verpachtung des russischen Theaters an Privatunternehmer. Auf einer kommunikativen Konferenz in Petersburg kündigte der Kommissar Außen die bevorstehende Verpachtung sämtlicher Theater an Verbands- und Privatunternehmer an. Nur je zwei bis drei Theater in Moskau und Petersburg sollen weiterhin aus Staatsmitteln unterhalten werden. Auswärtig begründete diese Maßnahme damit, daß das Theaterwesen während eines Jahres 54 Millionen verlor. Die Sowjetregierung hat einen besonderen Ausschuss eingesetzt, der die Verpachtung der Theater einheitlich zu regeln hat. Welche Häuser hier aus eigenem Antrieb der lokalen Behörden begonnen hatte. In den Großstädten, u. a. in Petersburg und Samara, werden auch reparaturbedürftige Wohnhäuser an Privatunternehmer verpachtet.

Belastung. Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rosen teilte dem deutschen Botschafter in London Sir James Thomson telegraphisch mit, daß der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Brüning die Verhandlungen über die Teilung Oberschlesiens in Rom als beendet betrachtet. Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Brüning teilte dem deutschen Botschafter in London Sir James Thomson telegraphisch mit, daß der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Brüning die Verhandlungen über die Teilung Oberschlesiens in Rom als beendet betrachtet.

Boppot. Die hiesige Volkshochschule beginnt Mitte Oktober eine neue Vorlesungsreihe. Das Verzeichnis umfaßt 20 Vorlesungen u. a. Selbst: Einführung in die Gedankenwelt Goethes. Kien: Faust, zweiter Teil. Goll: Danksagung. Goll: Wappenstein in der Geschichte. Dr. Dahms: Einführung in das Gebiet der Chemie. Dr. Kien: Einführung in die Wetterkunde. Dr. Joh. Müller: Selbst u. Selbst, wissenschaftliche Streifzüge durch den sogenannten Okkultismus. Dr. Kien: Anleitung zu philosophischen Denken. Mahlow: Polnisch (Vortrag für Anfänger). Mahlow: Polnisch (Vortrag für Fortgeschrittene). Turner: Englisch (für Fortgeschrittene). Rindfleisch: Englisch (Fortführung des Anfangslehrgangs). Rindfleisch: Englisch (Mittelstufe). Otto Wollgang: Spiegel. Übungen in der Naturbeobachtung durch Zeichnen nach lebenden Modellen. Katarine Katterfeld: Harmonische Körperbildung. Elisabeth van Dühren: Kunstgewerbliche Arbeiten. Kurt Adams: Ueber die deutsche Oper.

## Aus aller Welt.

Bayerische Gemäldegalerie. Während der 14 wöchigen Dauer des Oktoberfestes wurden insgesamt 15 146 Gemälde aus der Bayerischen Gemäldegalerie ausgestellt. Der Wiesenspolizei wurde 7 Personen wegen verschiedener Vergehen vorgeführt. Zur Anzeige gelangten Diebstähle aller Art im Gesamtwert von 48 000 Mark, darunter 38 Taschendiebstähle mit insgesamt 18 000 Mark. Als verlohren gemeldet wurden 268 Gegenstände im Gesamtwert von 67 000 Mark. Die Sanitätskassette hatte 600 Fälle zur Behandlung.

Gegen die profitkapitalistische Ausbeutung der Kohlen. Der Reichstag der Bergarbeiter in Polen beschloß die Forderung der Mitbestimmung über die Verteilung und die Preise der Kohlen, weil angeblich die Kohlenproduzenten und Spekulanten die Kohlen nicht ausbeuteten, um die Preise möglichst hochzuschrauben. Es sei nicht ausgeschlossen, daß infolge der Erhöhung der Kohlenpreise ganze Industriezweige auf den weiteren Bezug von Kohle verzichten müßten.

Raubüberfall. Räuber haben zur Nachtzeit auf Bahnhof Hamburg-Eb einen Waggon erbrochen, aus dem sie eine Kiste raubten, die 22 000 bulgarische Ley-Noten neuester Ausgabe enthielt. Es handelt sich um Banknoten, die sich noch nicht im Umlauf befinden, daher selbst für die Besitzer noch nicht bekannt sind. Von solchen Noten befanden sich im Waggon weitere größere Kisten. Der Annahme der Noten wird gewarnt. Die gestohlenen Serien tragen die Nummern von 400 000 bis 420 000.

Ein neuer Betriebsstoff für Motoren. Die Erzeugung von Benzol ist zurzeit erheblich geringer als der Verbrauch. Um den Bedarf der Benzol verbrauchenden Industrien einigermaßen zu decken, ist der Deutsche Benzolverband im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium dazu übergegangen, für Motorbetriebsstoffe künftig nicht mehr gereinigtes Benzol, sondern ein Gemisch von Benzol, Spiritus und Petrol in den Verkehr zu bringen. Die Benzol, so unterliegt auch das neue Gemisch der Benutzungsbeschränkung und darf daher nur auf Freigabestellen abgegeben werden. Die angestellten Versuche mit dem neuen Gemisch sind günstig ausgefallen.

## Veranstaltungs-Anzeiger

SPD. Odra. Die Veranstaltung findet heute nicht statt. Sie ist auf den Dienstag nächster Woche verlegt worden.

Sozialdemokratischer Verein Dantsig-Eb.

1. Bezirk (Gdansk): Donnerstag, den 18. Oktober, abends 7 Uhr, bei Schupahn, Parthausen Straße: Lichtbildervortrag: Ein Ausflug in den Weltkulturbau. Zahlreicher Besuch ist erwünscht. Angehörige, Freunde und Bekannte können eingeführt werden.

2. Bezirk (Niederstadt, Speicherinsel, Anelab): Donnerstag, den 18. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, in der früheren Privatkaserne, Weichengasse 2, Zimmer 81: Bezirksversammlung.

1. Vortrag des Gen. Grünhagen über die Genossenschaftsbewegung. 2. Abrechnung. 3. Stellungnahme zum Parteistatut. 4. Wahl von Delegierten zum Parteitag.

3. Bezirk: Freitag, den 14. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, in der Sandell- und Gewerkschule. An der Großen Mühle (Eingang Bötzberggasse). Zimmer 6: Bezirksversammlung. 1. Vortrag des Gen. Dr. Woll über die Genossenschaftsbewegung, Auswanderung und wirtschaftliche Lage. 2. Abrechnung. 3. Stellungnahme zum Statut. Gen. Boeken. Wahl von Delegierten zum Parteitag.



**BORG**

Hela . . . 20 Pl.  
Nr. 18 . . . 25 Pl.  
Siedel . . . 30 Pl.

Gold u. Kork

**QUALITÄT RAUCHER**

Wahrscheinlichkeitsrechnungen am 11. Oktober 1921.

	9. 10.	10. 10.		9. 10.	10. 10.
Hausgeld	80	30	Wohnungsgeld	0,30	0,30
Wohnung	0,57	0,51	Wohnung	0,57	0,51
Wohnung	0,20	0,20	Wohnung	0,67	0,67
Wohnung	10. 10. 11. 10.		Wohnung	2,34	2,34
Wohnung	0,18	0,18	Wohnung	2,56	2,56
Wohnung	0,38	0,33	Wohnung	0,20	0,20
Wohnung	0,53	0,53	Wohnung	4,65	4,65
Wohnung	0,13	0,13	Wohnung	2,22	2,22
Wohnung	0,05	0,05	Wohnung	1,18	1,18

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Fr. Webers. Dantsig: für Inzerate B. u. u. G. u. u. G. in Odra. — Druck und Verlag von J. G. u. Co., Dantsig.

## Danziger Nachrichten.

### Ausklang!

Die Handlung ist zu Ende. Die Nacht der Kommunisten; nun gehen ruhig schlafen Stadtväter, Jüd' und Christ. Sie fallen fromm die Hände, um's Büchlein rund und satt und beten halbesa. — Geil dir, du Freie Stadt!

## Die Weichselholzarbeiter im Streik.

Der Transportarbeiterverband schreibt uns: Diese Berufsgruppe, die circa 1000 Mitglieder des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes umfaßt, hatte dem Verband Danziger Arbeitgeber des Holzgewerbes den bisherigen Tarifvertrag gekündigt, da die bisherigen Lohnsätze keineswegs mehr der heutigen teuren Lebenshaltung angepaßt waren. Die neuen Forderungen betrugen 1 Mk. pro Std., so daß die Lohnsätze der niedrigsten Klasse von 4,75 Mk. auf 5,75 Mark, in der höchsten Klasse von 5 Mk. auf 6 Mark erhöht werden sollten. Das erste Angebot des Arbeitgeberverbandes in Höhe von 40, 50 und 60 Pfg. wurde von der Versammlung abgelehnt, und auch das zweite Angebot, welches als Ultimatum von den Arbeitgebern gestellt wurde und 55, 65 und 80 Pfg. betrug, erfuhr ebenfalls eine Ablehnung. Im Anschluß daran wurde am Sonnabend beschlossen, sofort die Arbeit einzustellen, zumal bereits 7 Tage eine abwartende Stellung eingenommen war. Die Konjunktur im Holzgewerbe ist eine außerordentlich gute, so daß die Weichselholzarbeiter mit Zuversicht auf die Bewilligung ihrer Forderungen rechnen können.

Oliva. In der gestrigen Gemeindeverordnetenversammlung wurde die Beschaffung einer Bureaubibliothek auf Antrag des Gemeindevorstehers Dr. Creutzburg bis zur nächsten Sitzung vertagt. Die ungleiche Entlohnung der städtischen Arbeiter bildet den Anlaß zu einer kommunikativen Anfrage. Dr. Creutzburg gab hierauf die Erklärung ab, daß diese Angelegenheit mit der gewählten Feuerungsfrage, die mit rückwirkender Kraft vom 15. August 1921 ausgesetzt sei, erledigt wäre. Ein deutschnationaler Antrag auf Wiedereinführung der Genehmigungspflicht bei Abschluß von Mietverträgen führte zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Mietern und Hausbesitzern. Nach einer vom 17. Juli 1920 ausgesprochenen Verordnung mußten sämtliche Mietverträge dem Wohnungsamte vorgelegt werden. Die durch eine Gemeindeverordnetenversammlung am 25. Mai 1921 aufgehobene Verordnung war Gegenstand eines am 25. August 1921 abgehaltenen Protestversammlungs des Mietervereins Oliva. Die sich hieran anschließende Debatte benutzte der Justizrat Sellentin um für die Hausbesitzer eine Ränge zu brechen. Die den Mietern gewährte 50 prozentige Mietherhöhung schien ihm im Vergleich zur Lohnherabsetzung der Arbeiterklasse äußerst gering. Damit das Holzgewerbe nicht gänzlich ruiniert wird, hat er

## Niederabend Reinhold Koenentkamp.

Von diesem Abend ist leider nicht viel Gutes zu berichten. Weder stimmlich noch gesangsfähig vermochte der Veranstaltung der Eindruck eines Konzertsängers von einigermaßen ansehnlichem Formate zu erwecken. Das Organ hat zwar einen gewissen Wohlklang, ist aber so schwach, daß die Töne, um überhaupt vernehmbar zu werden, aufs äußerste forciert werden müssen und tremolieren, dann aber auch fast durchweg gepreßt und schnarrend klingen. Sehr hinderlich ist dem Sänger ferner eine gewisse Kurzatmigkeit, infolge deren sein Gesang von störenden Atemgeräuschen getrübt wird. Dies liebt beeinträchtigt seine Darsellungen, daß manche Worte wie gesprochen klingen und manche Silben, besonders in den letzten Liedern, ganz verschluckt wurden. Zudem ist die Tonbildung des Sängers durch seine Mundverzerrungen so mangelhaft, daß die Reinheit und Fülle des Tons und die Deutlichkeit der Aussprache arg darunter leiden.

Anerkannt werden muß, daß Koenentkamp für seinen Niederabend ein wertvolles Programm, das sich mit besonderer Liebe dem zeitgenössischen Schaffen widmete, zusammengestellt hatte und sich mit Verständnis um die Erschöpfung seines geistigen und musikalischen Gehalts bemühte. Die zunächst gesungenen Lieder von Brahms zeugten von zarter Einführung in ihre herbe, leidenschaftliche Lyrik. Die Aufgabe, die stimmungsgesättigten, mit den barocken Reizen der modernen Tonsprache ausgestatteten, kapriciösen Lieder des talentvollen, früh verstorbenen Friedrich



## Ämliche Bekanntmachungen.

Die Hauseigentümer und deren Stellvertreter werden aufgefordert, die in den nächsten Tagen zur Verteilung gelangenden Vorbrücke zur Aufnahme des Personenstandes und Feststellung der Wohnungsbauabgabepflichtigen bezüglich der Listen A und C auszufüllen, die Listen B durch die Mieter auszufüllen zu lassen und gesammelt vom

17. Oktober d. Js., mittags ab zur Abholung bereit zu halten.

Die Auftragung und Abholung erfolgt durch Polizeibeamte. Diese werden nur einmal zur Empfangnahme der ausgefüllten Listen erscheinen.

Sollten die Listen in der Zeit vom 17. bis 20. Oktober d. Js. nicht abgeholt werden, so sind die Grundstückseigentümer oder deren Stellvertreter verpflichtet, sie am

21. Oktober d. Js.

an das Steueramt 1, Promenade 9 (früher Kriegsschule) parterre links, einzuliefern. Die Unterlassung der Abgabe der Hauslisten, sowie ihre unvollständige Ausfüllung ist im § 74 des Einkommensteuergesetzes und § 18 des Gesetzes über Abgabe zum Wohnungsbau vom 16. 7. 1922 mit Strafe bis zu 300 Mark bedroht.

Nach § 23 des Einkommensteuergesetzes sind die Hauseigentümer und deren Stellvertreter verpflichtet, für Arbeiter, Dienstboten und Gewerbegehilfen in den Listen auch den Arbeitgeber und die Arbeitsstätte anzugeben.

Die Haushaltungsvorstände haben den Hauseigentümern und die Arbeiter, Dienstboten und Gewerbegehilfen den Haushaltungsvorständen die erforderliche Auskunft zu erteilen. Zuwiderhandlungen sind im § 74 des Einkommensteuergesetzes ebenfalls mit Strafe bis zu 300 Mark bedroht.

Danzig, den 11. Oktober 1921.

Steueramt I.

(5314)

## Zuckervorschüsse der Kleinbändler.

Die Kleinbändler haben die i. H. bewilligt erhaltenen eiserne Zuckerbefehle und sämtlichen noch vorhandenen Markenzucker in erster Linie auf die Marken mit dem Aufdruck „Oktober“ und Johann auf die letzten drei Abschnitte der Zuckerkarte auszuverkaufen und die vereinnahmten Zuckermarken im Laufe des Oktober dem zuständigen Kommunalverband zur Abrechnung einzureichen. Für fehlende Zuckermarken ist die Preisdifferenz zwischen Marken- und Zulasszucker zu zahlen.

Die Geschäfte, die noch Restbestände an Markenzucker haben, haben durch Aushang darauf hinzuweisen.

Für den Stadtkreis Danzig ist die Nahrungsmittelstelle, Wiedenkaferne, Poggenpuhl, Zimmer 18, zuständig.

Im übrigen wird nochmals darauf hingewiesen, daß am 18. Oktober der freie Zuckerhandel eintritt.

Danzig, den 10. Oktober 1921.

Wirtschaftsamt Freistaat Danzig.

Zuckerstelle.

(5320)

## Brennholz

aller Art

zweijährig trocken, frei Waggon und frei Haus liefert zu billigsten Tagespreisen

Georg Upreck, Danzig,

Breidenhagengasse 29.

Telephon 209.

Schellmüller Weg 3.

Telephon 280.

**Nat!** in Steuer-, Verwaltungs-, Ehe- und Strafsachen. Beobachtungen. Buchführung usw. von ersten Fachleuten erteilt

Danziger Treuhändergesellschaft, (4938)

Norhenmargasse 2, Telephon 2553

Zoppot, Saffnerstraße 18, Sprechzeit 9—3 Uhr.

## Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Dienstag, den 11. Oktober, abends 7 Uhr:

Dauerkarten B 1.

## Die Ballerina des Königs

Raufspiel in 4 Akten von Rudolf Presber und Leo Stein.

Spielführung: Heinz Brede. Inspektion: Emil Weckert.

Personen wie bekannt. Ende gegen 9 1/2 Uhr.

Mittwoch, abends 7 Uhr: Dauerkarten C 1. „Potash und Perlmutter“. Komödie in drei Akten.

Donnerstag, abends 7 Uhr: Dauerkarten D 1. „Das Nachtlager von Granada“. Romantische Oper.

Hierauf: Tanzbilder.

Freitag, abends 7 Uhr: Dauerkarten E 1. „2 mal 2 = 8“. Satirspiel.

Sonnabend, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 2. Erhöhte Preise. Einmaliges Gastspiel Irene Triefsch.

Neu einstudiert: „Rosa“. Schauspiel in 3 Akten von Henrik Ibsen. (Hierauf: Irene Triefsch als Rosa).

Sonntag, vormittags 11 Uhr: Vierte (literarische) Morgenfeier: Irene Triefsch, „Bibel“, „Goethe“.

Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Neu einstudiert: „Die Adonisaktende.“

Wassermädchen in 3 Bildern.

## Schützenhaus

Sonnabend, den 15. Oktober, 8 Uhr:

## Doppelkonzert.

Kammersängerin

Ottile Metzger-Lattermann

Kammersänger

Theodor Lattermann

(5396)

Flügel: Blüthner, Richter & Co. Programm: Brahms, Beethoven, Schumann, Tschakovsky, Wolf, Verdi, Karlen M. 6. — bis M. 20. — Ab heute bei Krüger & Oberbeck, am Stadttheater, Abendkasse Aufschlag.

## Wilhelm-Theater

vereint mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Noorman

Heute, Dienstag, den 11. Oktober,

abends 8 Uhr

Kassenöffnung 7 Uhr.

## Großes Konzert

der gesamten Kapelle der Schutzpolizei unter Leitung des

Obermusikmeisters Ernst Stiebertz.

Nach dem Konzert: Ball.

Morgen, Mittwoch, d. 12. Oktober,

abends 7 1/2 Uhr

„Die Prinzessin vom Nil“

Vorverkauf im Warenhaus Gebr.-Freyman, Kohlenmarkt, von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (5245)

## „Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

## Café Derra

Heute Dienstag:

(5317)

Vornehmer Tanz-Abend.

Anfang 8.30 Uhr.

J. Derra.

## Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich-Gesellschaftliche Versicherungs-

Mittelgesellschaft

Sterbekasse.

Kein Pollicenverfall.

Günstige Tarife für

Gewachsene und Kinder.

Auskunft in den Büros der Arbeiterorganisationen

und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig

Bruno Schmidt,

Mattenbuden 36.

Wieder eröffnet.

Franz Mothesius.

billig zu haben. Meyer,

Lawendelgasse 9b.

## Stenographie

Einzelunterricht 4711

Tag- u. Abendkurse.

Otto Siebe, Holzmarkt.

## Stenographie

Maschinenschriften

M. Ströck, Lehrerin

5127 Hansaplatz 2b.

## Tapeten Danziger Tapetenhaus

Heilige Geistgasse Nr. 97

Nähe 1. Damm (5310) Telephon 2481

Liga-Gummischalen, außerst gut bewährt

Gummiabfälle in allen Formen und Größen

Flur-Unternehm- und Einlegesohlen

1a Schuhcreme u. Lederfett

1a Schnürsenkel, weiß und farbig, sowie

täglich frischer Schlieder - Ausschnitt

(4923)

empfehlen

Carl Fuhrmann, 1. Damm 21.

## Danziger Glossen

Heft 1 . . . . . Mk. 1.50

Heft 2 „Der Adelfe“ „ 2.50

Heft 3 . . . . . „ 1.50

zu haben in der

Buchhandlung Volkswacht

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

## Möbel- und Polsterfabrik

U. Huse, Fleischerstraße

Nr. 76-77.

Günstiges Angebot in

Schlaf-, Herren- und Speise-Zimmern

sowie

Ausgarnituren - Schränke - Vertikals

Ausziehtische - Kinderbettstellen und

Außeneinrichtungen.

Große Auswahl. Große Auswahl.

(5018)

Klavier Flügel

## Stimmungen

sowie sämtliche Reparaturen

in und außer dem Hause

werden prompt u. sachgemäß

zu soliden Preisen ausgeführt

Piano-Fabrik Hansa Fabrik u. Kontor

Telephon 1895 Langgarten 101

Ich bin verzogen nach Neugarten 22

Dr. Herrmann, Rechtsanwalt

bisher Neugarten 35. Telefon 3342.

(5315)

## Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind

billig und erfolgreich.

Ausführung sämtlicher

## Druck-Aufträge

für den Geschäfts-  
und Familienbedarf

## Massenaufgaben

in kürzester Frist



Reichste Auswahl in

## Gewerkschafts- und

## Parteiliteratur

Jugendschriften

Unterhaltungselektüre

Nicht Vorhandenes wird um-  
gehend besorgt durch unsere

## Buchhandlungen

Am Spandhaus Nr. 6 - Paradiesgasse Nr. 32